Nummer 214

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Donnerstag, 10. Mai 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten | Unverl. eingef. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 1500 Mk., Reklamezeile 6000 Mk., Stellungsuchende 500 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat Mai 9000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig: Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 franz. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 cum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, ferner für Österreich-Ungarn 45000 Mark und Polen 48000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53-54 GRUNDSTÜCKE

Gegen die Rheinlandsperre.

Ein Protest der Reichsregierung.

Gegen die neue Verordnung der Rheinlandkommission über den Personenverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, wonach vom 20. Mai ab die Einwohner des besetzten Gebiets für die Ein- und Ausreise eine besondere Aufenthaltspolizeiliche Ausweises bei dem Kreisdelegierten einholen müssen, während alle anderen Personen schon vom 10. Mai ab für Reisen nach und aus dem besetzten Gebiet eines besonderen, von der Besatzungsbehörde auszustellenden Passierscheines bedürfen, hat die Reichsregierung bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel mit einer Note Verwahrung eingelegt, in der es u. a. heißt:

„Die Interalliierte Rheinlandkommission hat unter dem 27. April durch die Verordnung Nr. 167 den Personenverkehr zwischen den besetzten und unbesetzten Teilen Deutschlands einer Reglementation unterworfen, durch die sowohl die Einreise wie die Ausreise jeder einzelnen Person vom freien Belieben einzelner Besatzungsstellen abhängig gemacht wird.

Durch die Verordnung wird der Verkehr von deutschen Staatsbürgern innerhalb ihres eigenen Landes Beschränkungen unterworfen, wie sie nicht einmal für den Verkehr zwischen fremden Ländern üblich sind. Bezeichnend ist es, daß die Einreise von Staatsangehörigen der an der Besetzung teilnehmenden Mächte von diesen Bestimmungen ausdrücklich ausgenommen ist. Es besteht also jetzt in den Rheinlanden der unhaltbare Zustand, daß dort Ausländer beliebig aus- und eingehen können, während die Reisen Deutscher in ihrem eigenen Lande vom Belieben der Interalliierten Rheinlandkommission abhängig sind.

Die Verordnung verfolgt auf dem Gebiet des Personenverkehrs das gleiche Ziel, wie die früher von der Interalliierten Rheinlandkommission für den Warenverkehr erlassenen Verordnungen, nämlich das Ziel, das besetzte Gebiet vom übrigen Deutschland hermetisch abzuschließen.

Die Deutsche Regierung legt gegen diesen neuen gewaltsamen Eingriff in den Verkehr zwischen den besetzten und nichtbesetzten deutschen Gebieten Verwahrung ein."

Paris, 9. Mai.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, hat der französische Kommissar in den Rheinlanden am 6. Mai den Delegierten der Rheinlandkommission in der Pfalz, General de Metz, angewiesen, jeden Passierschein für bayerische Beamte zu verweigern. Diesen sei das Betreten der Pfalz künftig in aller Form verboten.

Neue Gewalttaten der Franzosen.

B Aus dem Ruhrbezirk, 9. Mai.

Die Besatzungsbehörde hat den Betrieb der Straßenbahnlinien von Recklinghausen nach Datteln verboten. Hierdurch soll die Bevölkerung veranlaßt werden, sich der militarisierten Eisenbahnlinie nach Recklinghausen zu bedienen. Oestlich von Recklinghausen besteht keine Verbindungsmöglichkeit mehr.

*

In Essen verlangt die Besatzungsbehörde von der Theaterverwaltung die Instandsetzung des großen Kaiser-Saales für ihre Zwecke. Der Theaterdirektor soll dafür persönlich haftbar gemacht werden. Wenn der Kaiser-Saal nicht hergerichtet wird, so ist die Beschlagnahme des Stadttheaters bestimmte Tage angedroht worden.

Gestern morgen wurde unmittelbar vor der Reichsbanken Essen ein Geldtransport mit 1½ Milliarden Mark Lohngeldern, die für die Zechen Matthias Stinnes und Zollverein bestimmt waren, von französischen Kriminalbeamten angehalten und unter militärischer Bedeckung zum Platzkommandanten gebracht. Die Gelder wurden beschlagnahmt.

*

Der kommandierende General in Essen hat eine Verordnung erlassen, nach der jede Zusammenrottung vor französischen Posten und französischen Quartieren verboten ist. Für jeden Vorstoß werden die sämtlichen Bürgermeister verantwortlich gemacht.

Nachklänge zum Krupp-Prozeß.

Der Protest der Reichsregierung. — Deutschlands Entrüstung.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Die deutschen Missionen sind beauftragt worden, den nicht an der Ruhrbesetzung beteiligten fremden Regierungen folgende Note zu überreichen:

„Die französischen Befehlshaber haben den unheilvollen Ereignissen, die sich am Ostersonnabend auf den Kruppschen Werken in Essen abgespielt und vierzehn schuldlosen Arbeitern das Leben gekostet haben, ein Gerichtsverfahren folgen lassen, das die grausame Vergewaltigung der Ruhrbevölkerung fast in noch grellerem Lichte zeigt als jene Blutat selbst es getan hat. Das französische Kriegsgericht in Werden an der Ruhr hat am 8. Mai ein Urteil erlassen, das über den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Kruppschen Werke, über acht Mitglieder der Werkleitung und über ein Mitglied des Betriebsrats Freiheitsstrafen bis zu 20 Jahren Gefängnis und Geldstrafen bis zu 100 Millionen Mark verhängt.

Es ist überflüssig, das Verfahren und das Urteil des französischen Kriegsgerichts in seinen einzelnen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zu beleuchten. Der feste Entschluß der Ruhrbevölkerung, nicht unter militärischem Drucke zu arbeiten, hat zu dem Brauche geführt, den Arbeitern bei einer militärischen Besetzung ihrer Produktionsstätte durch Sirenensignale das Zeichen zur Arbeitsniederlegung zu geben. Dieser Brauch, den die französischen Befehlshaber längst kannten und sonst niemals beanstandet hatten, ist jetzt benutzt worden, um daraus ein geheimes Komplott der Werkleitung gegen die Besatzungstruppen zu konstruieren. Der Zweck dieser sinnlosen Anklage lag von vornherein klar zutage. Sie wollte die Verantwortung für die Ermordung der vierzehn Arbeiter von den Besatzungstruppen abwälzen und einer deutschen Stelle aufbürden; zugleich sollte ein Keil zwischen die Arbeiterschaft und die Unternehmer getrieben werden.

Als am Tage nach der Bluttat die erste Verhaftung von Mitgliedern des Kruppschen Direktoriums erfolgte, hat die deutsche Regierung bei der französischen Regierung gegen den Versuch, über das Verschulden der Besatzungstruppen einen Schleier zu werfen, sofort Verwahrung eingelegt. Außerdem hat sie aber, um die Hand zu einer unparteiischen Feststellung des Sachverhalts zu bieten, schon vor Wochen der französischen Regierung den Vorschlag gemacht, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, die gemäß dem Haager Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatfragen aufzuklären hätte. Die französische Regierung hat auf diesen Vorschlag nicht geantwortet. Sie hat es vorgezogen, die Frage, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, von einem aus Angehörigen dieser Truppen gebildeten Kriegsgericht entscheiden zu lassen, das zugleich Partei und Richter war. Dem entspricht das Ergebnis, wie es jetzt in dem Urteil des Kriegsgerichts vorliegt. Anstatt das an den deutschen Arbeitern begangene Verbrechen zu sühnen, wird in frivoler Fälschung der Tatsachen eine neue Untat begangen, die schuldlose ehrenhafte Männer ins Gefängnis wirft und das größte industrielle Unternehmen des Ruhrgebiets der Führung beraubt.

Die deutsche Regierung protestiert feierlich gegen diesen Gewaltakt, den Frankreich in dem Augenblick begeht, wo Deutschland feierlich einen Schritt getan hat, um im allgemeinen Interesse die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts herbeizuführen."

*

Ueber die Kundgebung des Reichstags siehe den Bericht auf S. 2.

Der preußische Ministerpräsident zum Werdener Urteil.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Braun an Direktorium und Betriebsrat der Krupp-Werke in Essen folgendes Telegramm geschickt:

„Das grausame jedem Recht hohnsprechende Urteil gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Mitglieder des Direktoriums und Betriebsrats der Krupp-Werke hat ganz Preußen mit tiefster Empörung und Entsetzen erfüllt. Preußens Volk und Regierung werden nicht ruhen, bis die von einer willkürlichen militärischen Gewaltjustiz unschuldig Verurteilten der Freiheit und friedlichen Arbeit zurückgegeben sind."

*

Auch der badische Staatspräsident hat an das Direktorium und den Betriebsrat der Kruppwerke in Essen ein Telegramm gerichtet.

Die Teilnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag in Berlin hat der Firma Krupp im Namen der Deutschen Handelskammern die herzlichste Teilnahme an dem Justizverbrechen ausgesprochen, das an den Herren Krupp von Bohlen und Halbach und den leitenden Persönlichkeiten des Werkes durch das Urteil des französischen Kriegsgerichts verübt worden ist. Der Deutsche Industrie- und Handelstag brandmarkt dieses Urteil als doppelt empörend, da es in dem Augenblick erfolgt, wo Deutschland wiederum die Hand zur endgültigen Klärung der Reparationsfragen geboten hat. Das Urteil gegen die Leiter der Firma Krupp in einem solchen Augenblick kann nur den Zweck haben, die deutsche Bevölkerung aufzureizen, den passiven Widerstand in eine aktive Gegenbewegung zu verwandeln und so der belgisch-französischen Gewaltpolitik neue Vorwände für eine dauernde Besetzung des Westlandes zu liefern. Der Deutsche Industrie- und Handelstag erklärt, daß jeder deutsche Kaufmann aufs tiefste von der Verantwortung erfüllt sein müsse, die das tapfere Leiden der Berufsgenossen im besetzten Gebiet ihm auferlege, und von der Verpflichtung, die gebrachten Opfer zu lohnen und alles daran zu setzen, die Leidenszeit des besetzten Gebiets bald zu beenden und unschuldig Gefangenen die Freiheit wiederzugeben.

Das deutsche Bankgewerbe zum Krupp-Prozeß.

Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat nach dem Bekanntwerden des Urteils im Krupp-Prozeß an den Reichsverband der Deutschen Industrie das folgende Schreiben gerichtet:

„Die schmachvolle Rechtsbeugung, deren sich das französische Kriegsgericht an Herrn Krupp von Bohlen-Halbach und einer Reihe hervorragender Mitarbeiter und pflichttreuer Arbeitnehmer der Krupp A.-G. schuldig gemacht hat, hat auch in den Kreisen der Mitglieder unseres Verbandes tiefste Entrüstung und schmerzliches Mitgefühl mit den unschuldigen Opfern der gemeinsamen deutschen Sache hervorgerufen. Dem Vorstand unseres Verbandes ist es ein aufrichtiges Bedürfnis, diesen Gesinnungen gegenüber Ihrem sehr geehrten Präsidium Ausdruck zu geben. Wir sind gewiß, daß den ruhmvoll Verurteilten in der Geschichte unseres Vaterlandes ein unvergängliches Ehrenmal bereitet bleiben wird und beglückwünschen die deutsche Industrie, daß sie diese Männer, deren vorbildliches Dienen und Dulden durch das ungerechte Urteil nur noch in helleres Licht gesetzt worden ist, zu den ihrigen zählen darf."

Krisengerede.

Seit vor acht Tagen der deutsche Vorschlag an die ehemaligen Kriegsgegner abging, glauben manche Leute wieder das Wehen von Krisenlüften zu verspüren. Es sind nicht gerade die seriösesten Leute, die solche Sensibilität entwickeln. Immerhin wird das Gerücht weitergetragen und hilft zu seinem Teil, drinnen wie draußen die Gemüter zu verwirren. Nüchtern wägendem Sinn will es freilich schwer verständlich erscheinen, warum, bildhaft gesprochen, gerade jetzt am Reichswagen die Pferde ausgewechselt werden sollten. Es wird richtig sein, daß der Kanzler der schweren Bürde, die er nicht gesucht hat, sich gern, sobald die Verhältnisse es gestatten, wieder entäußerte. Möglich auch, daß ihn bisweilen inmitten aller anderen Sorgen schon der Zweifel aufgesucht hat, ob die Zügelführung in diesen Zeitläuften nicht besser einem lebhafteren, wenn man so will: aktiveren Temperament anzuvertrauen wäre. Ueber die grüblerischen Zweifel, die keinem Gewissenhaften erspart bleiben, hat ihn dann allemal wieder die Erkenntnis hinweggetragen, daß die Aktion, die er begonnen, auch von ihm zu Ende zu führen sei. Daß es wie Fahnenflucht erscheinen möchte, wenn er sein Werk nun im Stich ließe. An alledem hat sich, wie wir die Dinge sehen, seither nicht das geringste geändert. Dr. Cuno hat bislang doch keine diplomatische Niederlage erlitten. Die deutsche Note mag nicht alle Ansprüche erfüllt haben, die die Massen vor den Toren an sie stellen zu müssen glaubten. Daß sie schlechthin ungeeignet wäre, die Grundlage für eine weitere Unterhaltung zu bilden, hat unseres Wissens noch kein deutscher Kritiker, auch der skeptischste nicht, zu behaupten gewagt. Nur Narren aber werden die Entwicklung sich so vorzustellen haben, daß es genügte, einen deutschen Vorschlag in die Welt hinauszusenden, um von Herrn Poincaré als Antwort sofort ein freudiges „Ja, wird gemacht" zu vernehmen. Die Mehrheit, die den Dr. Cuno und seine Leute bisher gestützt hat, ist gewillt, die Vertrauen dem Kabinett auch weiter zu bezeugen. Diese Mehrheit, zu der nicht zuletzt, aber doch tatsächlich auch die Sozialdemokratie bisher gehört hat und, schon aus sehr überschwänglichen taktischen Gründen, auch fernerhin zu gehören wünscht. Die Sozialdemokraten hegen immer noch keine Neigung, sich mit der Verantwortung für die Aktion, die seit dem Januar im Gange ist, zu beschweren. Erst wenn sie so oder so zum Abschluß gekommen ist, wenn die neuen Abmachungen, um die wir an Ruhr und Rhein ringen, erreicht wären und nun die innerpolitische Frage der Kostenaufbringung und Lastenverteilung akut würde, werden sie voraussichtlich Wert darauf legen, wieder mit von der Partie zu sein. Man will doch nicht ewig Bundrat bleiben, hieß es unter dem alten Regime. Man kann nicht auf die Mauer von der Kontrapartonage ausgeschlossen sein, heißt es unter dem neuen. Aber wie groß immer oder wie klein die Motive sein mögen, die die Sozialdemokratie zur Teilhaberschaft an der Regierung drängen: wenn sie die Forderung ernstlich anmeldete, wird man kaum sie sich weigern können.

Es ist nicht unmöglich, daß der Kanzler dem Dr. Stresemann heißen wird. Selbst wer ihm nicht wohl will, wird doch bekennen müssen, daß Herr Stresemann in den letzten Jahren sich zu einem Politiker von außerlichem Format und beträchtlichem vaterländischen Verantwortungsgefühl ausgewachsen hat. Noch bis in den Zusammenbruch hinein hatte es mitunter scheinen mögen, als ob das Stärkste an ihm die formale Begabung wäre und er zu leicht der Macht populärer Strömungen unterlage. Wenn dem wirklich so war, hat Dr. Stresemann in den letzten Jahren jedenfalls eine überraschende Entwicklung durchgemacht. Schon wie er die Volkspartei aus allerlei romantischen Stimmungen, aus Personenheit und Protest in die Gegenwart zurückführte, zu verständnisvoller, nüchterner, werktätiger Mitarbeit an diesem Staat, der der einzige ist, den wir haben, war eine taktische Leistung besser Ordnung. Seitdem ist er, von dem alles Spekulative nach und nach abgefallen war, bei mehr als einem Anlaß im Parlament zum Dolmetsch gesamt-deutscher Empfindungen geworden, auf den auch das Ausland zu lauschen sich gewöhnt hatte. Warum also sollte Herr Dr. Stresemann nicht eines Tages der Kanzler der sogenannten großen Koalition werden können? Was, noch von den Kriegszeiten her, zwischen

Korge

Arthur Korge

Berlin SW. 2111, Wilhelmstr. 107 (am Anhalter Bahnhof)

Korge

Lederbekleidung, fesche Modelle Ledermäntel mit und ohne Pelzbesatz

Eleganteste Damen-Pelzjacken Damen- und Herren-Sportkostüme Strickjacken, Jumper aus Effekten u. Seide, Kappen, Brillen, Handschuhe, Pelzdecken, Fußsäcke

Chauffeur-Livreen Motorrad-Kombinationen Koffer und Reise-Effekten Riesen-Auswahl! Solide Preise!

Neu aufgenommen und größtes Lager in Auto-Ersatzteilen :: Werkzeugen Scheinwerfern und allem Zubehör. Außerordentlich preiswert!

Sämtliche Artikel sind auch erhältlich zu Originalpreisen in unserer Verkaufsstelle bei den

DÜRKOPPWERKEN, Berlin NW 7, Unter den Linden 48—49.

Korge